

NIEDERSCHRIFT HFA/0029/2018

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 24.04.2018 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz-Josef Schulze
Thier
Frau Margarete Köhler
Herr Carsten Rampe
Herr Thomas Walbaum

Vertretung für Herrn
Thomas Tauber
Vertretung für Herrn
Ulrich Schlieker
bis einschl. TOP 3 nö.
S.

Herr Ralf Flüchter

Frau Maggie Rawe

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking

Vortragende Gäste:

Frau Simone Kaspar
Herr Dirk Hungermann
Herr Markus Daschner

GPA zu TOP 1. ö. S.
GPA zu TOP 1. ö. S.
GPA zu TOP 1. ö. S.

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Marion Lammers
Herr Martin Struffert
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Rainer Hein
Herr Jürgen Erfmann
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Gast:

Herr Frank Wieland

Beginn der Sitzung:
Ende der Sitzung:

18:00 Uhr
20:50 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Überörtliche Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Frau Simone Kaspar, Vizepräsidentin der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpaNRW), Herr Dirk Hungermann, Leiter der Prüfung in Billerbeck und Herr Markus Daschner, Prüfer für den Bereich Finanzen von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW anwesend.

Herr Lennertz merkt kritisch an, dass die Präsentation des Prüfungsberichtes eigentlich im Rechnungsprüfungsausschuss erfolgen müsste. Insofern hätte er es begrüßt, wenn die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses zur heutigen Sitzung eingeladen worden wären.

Frau Dirks führt aus, dass nicht festgeschrieben sei, wo die Präsentation stattfindet. Rechtlich zuständig sei der Rechnungsprüfungsausschuss, dieser tage aber erst im Juli. Der Abschlussbericht werde erst nach der Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss veröffentlicht.

Frau Mollenhauer verweist auf den § 105 der Gemeindeordnung NRW, in dem ausdrücklich ausgeführt werde, dass der Prüfungsbericht dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung vorzulegen ist. Es sei verständlich, dass die Fachleute aus Kostengründen nur einmal vortragen, aber es wäre sinnvoll gewesen, die Rechnungsprüfungsausschussmitglieder zur heutigen Sitzung mit einzuladen, damit sie Fragen stellen können.

Herr Schulze Thier als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses merkt an, dass er eine vorgeschobene Rechnungsprüfungsausschusssitzung oder eine gemeinsame Sitzung mit dem HFA für gut befunden hätte.

Frau Dirks erinnert daran, dass gemeinsame Sitzungen seitens der Ratsmitglieder eigentlich nicht gewollt seien, sie stimme aber zu, dass die Rechnungsprüfungsausschussmitglieder heute hätten mit eingeladen werden sollen.

Dann stellen die Vertreter der gpaNRW die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung in komprimierter Form vor (**siehe Anlage 1** zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Während des Vortrages werden Nachfragen der Ausschussmitglieder

beantwortet.

Frau Dirks weist darauf hin, dass der Prüfungsbericht im Rechnungsprüfungsausschuss weiter besprochen werde. Über einzelne Punkte müssten anschließend die Fachausschüsse beraten und entscheiden.

Herr Geuking weist darauf hin, dass seitens IT. NRW andere Zahlen zur Verschuldung je Einwohner ausgewiesen würden als von der gpaNRW.

Frau Kaspar weist darauf hin, dass ein Vergleich nicht immer so einfach sei, da Statistiken auf unterschiedlichen Daten basieren könnten.

Anmerkung: Auf die von der gpaNRW nachgereichte Antwort zum Hinweis von Herrn Geuking wird verwiesen (siehe **Anlage 2** zur Niederschrift).

Der Inhalt der Präsentation des Prüfungsberichtes der Gemeindeprüfungsanstalt NRW wird vom HFA zur Kenntnis genommen.

2. **Beratung zum Organisationsgutachten**

Herr Messing erläutert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage.

Bzgl. der **Änderung der Öffnungszeiten** erkundigt sich Frau Rawe, warum gerade mittwochs die Büros der Verwaltung für den Publikumsverkehr geschlossen bleiben sollen.

Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass man sich dabei an Nachbarkommunen orientiert habe und dienstags und donnerstags Sitzungstage seien. Außerdem hätten Mitarbeiter den Mittwoch aufgrund der Kundenfrequenz favorisiert.

Herr Lennertz hebt hervor, dass die Öffnungszeiten immer noch sehr bürgernah seien.

Herr Walbaum hält einheitliche Öffnungszeiten für wichtig. Zudem sei es gut, dass Mitarbeiter mit entschieden hätten und der Mittwochnachmittag zum Abfeiern von Überstunden genutzt werden könne.

Herr Rampe hält den Mittwochnachmittag für geeignet. Aus eigener Erfahrung wisse er, dass die Bürger gerade nach dem Wochenende montags und dienstags ihre Anliegen erledigen wollten.

Herr Geuking fragt nach, warum mittags das Foyer und die Touristinformation eine halbe Stunde vor den Büros der Verwaltung öffne.

Frau Dirks erläutert, dass die zuständigen Mitarbeiterinnen darauf hingewiesen hätten, dass vor allem in den Sommermonaten viele Touristen in der Mittagszeit die Touristinformation aufsuchen.

Zu den **punktuellen Neueinstellungen** erkundigt sich Herr Ahlers, ob im

Bereich IT eine Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen möglich sei.

Herr Messing führt aus, dass die Kommunen sehr unterschiedlich strukturiert seien. Punktuell sei eine Zusammenarbeit ggf. möglich, in Gänze aber nicht. Es werde aber versucht, möglichst einheitliche Level einzuführen, damit an anderer Stelle die interkommunale Zusammenarbeit funktioniereniere.

Frau Dirks erläutert, dass die zusätzliche Stelle im Bereich der EDV unbedingt erforderlich ist. Diese Stelle müsse aber noch in den Stellenplan aufgenommen werden.

Herr Messing geht davon aus, dass der Haushaltsplan einschl. Stellenplan noch in 2018 beschlossen wird. Das Einverständnis der Ratsmitglieder voraussetzend wolle er die Stelle noch in diesem Jahr ausschreiben.

Herr Dr. Meyring wirft ein, dass ihm die heutige Vorlage für eine vorgezogene Ausschreibung zu dürftig sei. Über die Stelle müsse der HFA noch einmal gesondert beraten.

Herr Messing weist darauf hin, dass es sich heute um grundsätzliche Informationen handele und selbstverständlich noch eine ausführliche Sitzungsvorlage vorgelegt werde.

Herr Rampe spricht sich unter Hinweis auf die im Gegensatz zu früher nicht mehr so zahlreichen Potentiale für eine rechtzeitige Ausschreibung aus.

Zur Verbesserung der räumlichen Situation im historischen Rathaus möchte Herr Dr. Meyring, dass zum geplanten Ausbau des 4. Obergeschosses Alternativen vorgelegt werden.

Frau Mollenhauer erinnert daran, dass bei den damaligen Überlegungen zur Unterbringung des Sozialamtes gesagt wurde, dass der Ausbau des 4. Obergeschosses zu teuer sei.

Frau Dirks stellt richtig, dass das 4. Obergeschoss für das Sozialamt nicht ausgereicht hätte. Dort könnten nur zwei Büros und ein Besprechungs- und Sozialraum eingerichtet werden. Und selbst wenn dort ein Besprechungs- und Sozialraum eingerichtet würde, sei man räumlich immer noch sehr eng aufgestellt.

Herr Walbaum äußert, dass er sich eine Arbeit ohne Besprechungsraum gar nicht vorstellen könne. Dieser müsse auch mit entsprechender Technik ausgestattet werden. Gut sei es, dass trotz anfänglicher Widerstände der Aufzug bis ins 4. Obergeschoss gehe. Er hoffe, dass künftig auch ein(e) mobilitätseingeschränkte(r) Auszubildende(r) eingestellt werde.

Herr Lennertz erkundigt sich nach dem Stand der Planungen für das 4. OG. Er könne sich schwer vorstellen, dass neben der Vielzahl von ansteh-

henden Projekten noch zusätzlich der Umbau angegangen werden kann.

Herr Mollenhauer führt aus, dass im Zusammenhang mit der Aufzug-Planung eine Machbarkeitsstudie erstellt worden sei. Weitere konkrete Planungen gebe es noch nicht.

Herrn Lennertz wird auf Nachfrage die Überlassung der Machbarkeitsstudie zugesagt.

Herr Ahlers erkundigt sich, ob von Mitarbeitern der Wunsch nach home-office geäußert worden sei.

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass das Modell zwar angeboten, aber nicht favorisiert werde. Eine Mitarbeiterin habe jahrelang von zu Hause aus gearbeitet, sei inzwischen aber wieder im Rathaus tätig.

Frau Mollenhauer hält es für wichtig, auf lange Sicht zu planen.

Zur **gezielten Personalentwicklung** führt Frau Dirks aus, dass verstärkt ausgebildet werde, da in den nächsten Jahren viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen altersbedingt ausscheiden werden. Aber es sei nicht so einfach, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch zu halten, weil die Bezahlung nicht so attraktiv sei.

Organisationsgutachten des Bauhofes

Frau Dirks berichtet, dass auch seitens der Mitarbeiter des Bauhofes der Wunsch nach einer Organisationsuntersuchung geäußert worden sei.

Auf Nachfrage von Herrn Lennertz, wann geplant sei, das Organisationsgutachten erstellen zu lassen, teilt Herr Messing mit, dass dieses relativ zeitnah zu dem Organisationsgutachten für die Verwaltung noch in diesem Jahr erstellt werden sollte. Die entsprechenden Haushaltsmittel müssten noch eingestellt werden.

Herr Lennertz schlägt aufgrund der Vielzahl von anstehenden Projekten vor, das Organisationsgutachten in die Zeit zu stellen.

Herr Messing gibt zu bedenken, dass vor der geplanten Auslagerung des Bauhofes über die grundsätzliche Personalstruktur des Bauhofes nachgedacht werden müsse. Wenn das Organisationsgutachten zurückgestellt werde, könne der Bauhof-Neubau nicht weiter geplant werden.

Frau Dirks macht deutlich, dass aus Sicht der Verwaltung jetzt eingestiegen werden sollte, weil u. a. der Ruhestand des Vorarbeiters bevorstehe und die künftige Struktur des Bauhofes geklärt werden müsse.

Frau Rawe stellt fest, dass grundsätzlich ein Organisationsgutachten benötigt werde, wirft aber gleichzeitig die Frage nach der haushaltstechnischen Umsetzung auf.

Die Mittel müssten außerplanmäßig bereitgestellt werden, so Frau Dirks. Hierfür würde ein entsprechender Beschluss benötigt.

Herr Flüchter meint, dass mittelfristig ein Ergebnis vorliegen sollte.

Wenn die Verwaltung der Meinung sei, dass sie ein Organisationsgutachten begleiten könne, so Herr Walbaum, dann sehe er kein Problem.

Frau Mollenhauer erklärt, dass sie Bauchschmerzen habe, nach dem Organisationsgutachten für die Verwaltung schon wieder 25.000,-- € in die Hand zu nehmen. Sie fragt nach, ob nicht auf Erfahrungswerte vergleichbarer Kommunen zurückgegriffen werden könne.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Abläufe und Aufgabenfelder bei den Bauhöfen unterschiedlich seien. Gerade in dem Bereich sei eine externe Beratung wichtig.

Frau Köhler hält es im Hinblick auf den geplanten Neubau und die angesprochene Neustrukturierung des Bauhofes für sinnvoll, ein Organisationsgutachten in Auftrag zu geben. Zudem glaube sie, dass die Aufgaben des Bauhofes nicht klar umrissen seien, was aber für das Betriebsklima sehr wichtig sei.

Herr Erfmann macht als Betroffener deutlich, dass sich die Bauhofmitarbeiter für die Erstellung eines Organisationsgutachtens ausgesprochen hätten. Sie wollten wissen, wofür der Bauhof zuständig ist, was die Kernaufgaben seien und ob es auf einen Baubetriebshof hinauslaufe. Der Vorarbeiter gehe in 2 Jahren in den Ruhestand. Man müsse rechtzeitig sehen, dass man einen Nachfolger bekomme. Und auch in Anbetracht der geplanten Auslagerung des Bauhofes seien 25.000,-- € sehr gut angelegt, weil die Größe und Ausstattungskriterien festgelegt werden müssen.

Nach weiterer Erörterung wird verwaltungsseitig darauf hingewiesen, dass auch zu diesem Punkt noch eine Sitzungsvorlage erstellt wird, über die dann zu beraten und entscheiden sei.

Auf Vorschlag von Herrn Lennertz werden die Verwaltungsempfehlungen heute lediglich zur Kenntnis genommen.

3. Mitteilungen

3.1. Grundsteuer - Frau Lammers

Frau Lammers teilt mit, dass der Bund aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes gehalten sei, bis Ende 2019 ein neues Bewertungsgesetz (Einheitswert) aufzustellen. Diese Grundlage werde bis 2024

umgesetzt, so dass erst ab 2025 Auswirkungen auf die Kommunen zu-
kommen.

3.2. Weiterleitung Integrationspauschale - Frau Lammers

Frau Lammers teilt mit, dass nun ein Gesetzentwurf zur Weiterleitung der Integrationspauschale, die das Land NRW vom Bund erhält, vorliegt. 100 Mio. € sollen an die Kommunen weitergegeben werden. Für den Haushaltsplan der Stadt Billerbeck würde dies gemeindegerecht einen Mehrertrag in Höhe von 98.000,-- € bedeuten.

3.3. Eröffnung der Freibadsaison - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass die diesjährige Freibadsaison am 1. Mai 2018 eröffnet werde.

4. Anfragen

4.1. Kommunales Kino - Herr Lennertz

Herr Lennertz erkundigt sich, wie im Zuge der Aula-Sanierung mit dem Kommunalen Kino verfahren werde und ob ein Umzug geplant sei

Herr Messing teilt mit, dass während des Umbaus keine Vorführungen des Kommunalen Kinos möglich seien. Aufgrund der Größe der Leinwand könnten die Vorführungen auch nicht in andere Räumlichkeiten verlegt werden.

4.2. Auswirkungen der Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer erkundigt sich nach den Auswirkungen der gerade beschlossenen Tarifierhöhungen für den öffentlichen Dienst auf den städt. Haushalt.

Frau Lammers teilt mit, dass sie noch keine konkreten Aussagen treffen könne, weil ihr zum Tarifabschluss noch keine detaillierten Informationen vorlägen.

4.3. Halteverbot vor dem Seniorenstift Darfelder Straße - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring erinnert an seine Anfrage bzgl. eines Halteverbots vor dem Seniorenstift Darfelder Straße.

Herr Messing teilt mit, dass die Sache auf den Weg gebracht worden sei und lediglich die Anordnung der Straßenverkehrsaufsicht noch ausstehe.

4.4. Zusätzliche Straßenlampen im Bereich der Oberlau-Einfahrt - Herr Dr. Meyring

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Meyring, wann die Straßenbeleuchtung komplett installiert werde, teilt Herr Mollenhauer mit, dass die Köpfe geliefert seien, aber noch die Anschlüsse der Leuchten durch Westnetz erfolgen müsse, bevor die Köpfe installiert werden.

4.5. Im Graben liegendes Straßenschild am Coesfelder Berg - Herr Rampe

Herr Rampe weist darauf hin, dass das durch den Sturm Friederike umgewehrte Schild am Coesfelder Berg immer noch im Graben liege. Er fragt nach, ob der Landesbetrieb mitgeteilt habe, wann es wieder aufgestellt werde.

Herr Messing sagt zu, den Hinweis an den Landesbetrieb weiterzuleiten.

4.6. Bewertungsgremium Feuerwehrgerätehaus - Herr Rampe

Herr Rampe benennt Herrn Brall für die SPD-Fraktion als beratendes Mitglied für das Preisgericht.

4.7. Geschwindigkeitsbegrenzung an der L 506 - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring regt an, während der Bauzeit des neuen Bürgerradweges an der L 506 eine Geschwindigkeitsbegrenzung einzuführen, da sehr eng an der Straße gearbeitet werde.

Frau Dirks sagt zu, die Anregung weiterzuleiten.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin

